

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Jürgen Zieger
Herrn Bürgermeister Wilfried Wallbrecht
Damen und Herren des
Gemeinderates

17. Juli 2015

Stellungnahme des Bürgerausschusses Innenstadt zum Stand und zur weiteren
Entwicklung des Flächennutzungsplans und der Stadtplanung

Sehr geehrter Herr Dr. Zieger,
sehr geehrter Herr Wallbrecht,
sehr geehrte Damen und Herren den Gemeinderates,

Ende Juli stimmt der Gemeinderat über quantitative, an der gewünschten
Entwicklung der Einwohnerzahl orientierte Szenarien ab, die der weiteren Arbeit
am Flächennutzungsplan (FNP) zugrunde liegen. Was der FNP ermöglicht, wird
später zum Bebauungsplan. Was der Bebauungsplan gestattet, wird irgendwann
einmal zu Stein. Was gebaut ist, bleibt, auch weit über den Geltungszeitraum des
FNP von 15 Jahren hinaus. Irrtümer sind nicht korrigierbar, bestenfalls
kompensierbar, soweit dafür Platz ist. Auch wenn über den Flächenpool oder
konkrete Flächen nicht abgestimmt wird: Nach den Vorarbeiten lassen sich aus
dem Szenario die Flächen quasi logisch ableiten.

Der Beteiligungsprozess hat viele, nicht immer überzeugende, aber den beteiligten
Bürgern wichtige Gesichtspunkte hervorgebracht, dazu wertvolle Überlegungen
zur räumlichen Stadtentwicklung, die sich vielversprechend anhören, auch wenn
manche (wie das Monitoring) schlicht gesetzlich vorgeschrieben sind. Die
Abwägung ist aber Sache des Gemeinderats. Wenn wir uns die Weichenstellung
anschauen, die die Verwaltung vorschlägt, so fährt der Zug in eine Richtung, für
die nur ein Belang wirklich elementar ist: mehr Einnahmen für die Stadt. Während
das Ergebnis der Bürgerbeteiligung zwischen den Szenarien „Halten“ und
„Schrumpfen“ zu liegen scheint – so der persönliche Eindruck der mitwirkenden
BA-Mitglieder - fordern starke Kräfte aus Gewerkschaften, Wirtschaft und
Mieterverbänden ein „Wachsen“. Der Verwaltungsvorschlag versucht mit
„Mindestens Halten“ einen Kompromiss zu formulieren, der in der
Bürgerbeteiligung so nicht vorkam und zu dessen Konsequenzen die Bürger nicht
Stellung nehmen konnten. Der Beteiligungsprozess wird so entwertet – oder aber
ein Etikettenschwindel begangen.

Der Bürgerausschuss hält das Szenario „Halten“ ohne Modifikation für noch
vertretbar, wenn seine Folgen in der konkreten Umsetzung kompensiert und
ausgeglichen werden.

- 2 -

Dagmar Bahr,
Richard-Hirschmannst. 39

Lorenz Barmettler
Hindenburgstraße 17

Joachim Blessing,
Untere Beutau 45

Enrico Bosecke
Krämerstraße 6

Dr. Rolf Büscher
Im Heppächer 12

Martina Fehrlen
Schelztorstraße 8

Barbara Frey,
Im Heppächer 21

Jürgen Fuchs
Unterer Metzgerbach 7

Frank-Torsten Hennecke
Katharinenstraße 71

Andreas Henrich
Webergasse 18

Edda Höfer
Im Heppächer 16

Dr. Clemens Knoll
Marktplatz 1

Nicole Reed
Roßmarkt 17

Jörg M. Schall
Rathausplatz 8

Jonathan Scheschkewitz
Obertorstraße 56

Traute Scheuffelen
Turmstraße 16

Dr. Wolfgang Schlotterbeck
Mülbergerstraße 140

Dirk Zimmermann
Schelztorstraße 42

1. Vorsitzende: Barbara Frey
Stellvertreter: Jörg Schall

Bürgerausschuss

e-mail: ba_innenstadt@esslingen.de

<http://www.esslingen.de/BA-Innens>


Er anerkennt durchaus die große Bedeutung gesunder Stadtfinanzen und das massive Interesse vieler Menschen auf Zuwanderung nach Esslingen sowie die in den FNP-Erwägungen bisher noch gar nicht aufgetauchte Notwendigkeit, Flüchtlinge (und etwa nachziehende Familien) aufzunehmen und zu integrieren. Er hält aber zumindest einen Belang für noch fundamentaler. Und fundamentale Interessen kommen zuerst; nur nachdem sie berücksichtigt sind, ist Platz für andere, fast, aber eben nur fast, genauso wichtige Belange:

Gesunde Wohnverhältnisse sind wichtiger als alles andere. Sie sind in der Tallage schon jetzt in Gefahr. Steigen die Durchschnittstemperaturen wesentlich an, und das ist mangels weltweit durchschlagender Klimapolitik unvermeidlich, dann werden Tropennächte und Hitzetage keine vereinzelt, sondern gewöhnliche Vorkommnisse sein. Was schon außerhalb der Stadt große Probleme bereitet, ist in den drei bis vier Grad wärmeren Tallagen unerträglich. Erst Alte und Kranke, später auch Kinder und gesunde Erwachsene werden geschwächt, erkranken oder sterben gar vorzeitig. Die Erfahrungen im europäischen Ausland zeigen dies. Das muss vermieden werden. Die Temperaturdifferenz zwischen außerhalb und innerhalb der Stadt muss sinken. Weder Neubaugebiete dort, wo Kaltluft entsteht, noch Innenverdichtung helfen dabei, im Gegenteil. Gewiss hat die Stadt etliche alte Bäume durch etwas mehr junge Bäume ersetzt; der Effekt ist per saldo negativ. Gestaltungen wie der Bahnhofsplatz, der die Stadt aufheizt, zeigen, dass der Gesichtspunkt der Klimafolgenanpassung bisher zwar im Munde geführt wird, aber keine Rolle mehr spielt, wenn es ernst wird. Wenn man also die Neckartal-Stadtteile, darunter die Innenstadt, lebensfähig erhalten will, ist bei der Innenverdichtung nicht nur manche Stadtregion ungeeignet, es muss in der Umsetzung des FNP auch zusätzliches Grün geschaffen werden, wo nachverdichtet wird – oder zumindest in unmittelbarer Nähe. Die routinemäßig vorgeschriebene extensive Dachbegrünung reicht bei weitem nicht.

Die Überlegung, man könne den Belang des Stadtklimas abwägen und darüber ein paar Krokodilstränen vergießen, mag juristisch tragfähig sein. Politisch ist sie kurzsichtig. In den Neckartal-Stadtteilen wohnen rund 40.000 Menschen. Werden die Sommer immer unerträglicher, so flüchten zuerst die, die sich das leisten können. Dies sind die im Sinne einer „ausgewogenen Bevölkerungsstruktur“, wie die Stadtverwaltung sie sieht, erwünschten gut verdienenden Facharbeiter und Angestellten, dann die kinderreichen Familien, und dann mit Richtung Pflegeheim die Alten. Es wäre ein Kinderglaube anzunehmen, dass die Flucht nur in die höher gelegenen Stadtteile Esslingens führt mit allen Folgeproblemen: neue Baugebiete wären nötig, die wiederum die Tallagen aufheizen, was die Flucht dort beschleunigt usw. Nein, Ziel werden die um Einwohner konkurrierenden Nachbargemeinden sein, die noch Flächenreserven haben. Und das „ökologischste Modell“ menschlichen Zusammenlebens, unsere Stadt, wird schrumpfen, weil sie zu wachsen versucht hat. Weder ökonomisch noch sozial, erst recht nicht ökologisch wäre dieses Szenario nachhaltig.

Der Bürgerausschuss plädiert daher dafür, den Formulierungsvorschlag der Stadtverwaltung „Mindestens Halten“ abzulehnen und sich erstens auf ein „Halten“ zu beschränken, zweitens bei der Umsetzung aber sehr gründlich aufzupassen, dass man anschließend bei uns noch ganzjährig gut wohnen kann.

Mit freundlichen Grüßen



Barbara Frey
Vorsitzende